

Ressort Länderspiegel

Erschienen am 09.01.2009 00:00

CO2-Steuer kommt zur Jahresmitte

Auto | Koalition will rasch Klarheit schaffen – Neuregelung nur für Neuwagen

Von Werner Kolhoff

Im Zuge ihre Entscheidungen über ein Konjunkturprogramm will die große Koalition am Montag auch beschließen, dass die neue Kraftfahrzeug-Steuer auf Basis des CO2-Ausstoßes statt auf der Basis der Hubraumgröße zum 1. Juli dieses Jahres eingeführt werden soll. Autokäufer sollen damit Gewissheit über ihre künftige Belastung bekommen.

Berlin –Die Umstellung war bisher am Widerstand der Länder, allen voran Bayerns, gescheitert. Bei der Koalitionsrunde am vergangenen Montag stellte die CSU jedoch ihre Bedenken zurück. Damit wäre der Weg frei für eine Übertragung dieser bisher den Ländern zustehenden Steuer auf den Bund. Im Gegenzug sollen die Länder die Einnahmen in Höhe von 8,9 Milliarden Euro pro Jahr erstattet bekommen. Die geltende Steuerbefreiung beim Neuwagenkauf würde mit der neuen Steuerrreglung auslaufen, wobei Kunden, die bis dahin ein neues Auto erworben haben, die volle Befreiungsfrist noch ausnutzen können.

Geprüft wird derzeit, ob die Einführung zum 1. Juli verwaltungstechnisch möglich ist. Bei der konkreten Ausgestaltung sind sich die Koalitionsparteien sehr nahe. Die Union will mit einem Sechs-Punkte-Papier in die Verhandlungsrunde gehen, das unserer Zeitung vorliegt. Es unterscheidet sich nicht grundlegend von den SPD-Vorstellungen. Beide Parteien wollen Anreize für den Kauf umweltschonender Fahrzeuge geben.

Einziger wirklicher Streitpunkt: Während die Union die Besteuerung nach CO2-Ausstoß jenseits der 120 Gramm pro Kilometer linear halten will, möchte die SPD jedes Gramm CO2 oberhalb von 250 oder 300 Gramm Ausstoß je Kilometer mit erheblich höheren Steuern belasten. Andernfalls, so SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber, würden „große Stinker“ sogar günstiger davonkommen als heute. Unions-Fraktionsvize Michael Meister hielt dagegen: „Jedes Gramm CO2 muss gleich teuer sein.“

Beide Parteien wollen zusätzlich eine Art Grundsteuer für alle Autos. Bei der Union soll der Sockelbetrag „für die Straßenbenutzung“ 50 Euro je Fahrzeug betragen. Damit wären auch Elektroautos erfasst, die weder Hubraum noch Auspuff haben. Für Dieselfahrzeuge soll der Sockelbetrag hubraumabhängig aufgestockt werden. Die SPD will den Sockelbetrag generell auf Hubraumbasis berechnen. Klar ist, dass die CO2-Steuer nur für Neuwagen gelten soll. Die Union schlägt zusätzlich vor, dass Bürger, die sich wegen der aktuell geltenden Steuerbefreiung ein Auto gekauft haben, nach Ablauf der Befreiungsfrist wählen können, ob sie auf Hubraum- oder auf CO2-Basis besteuert werden wollen.



Fahrzeuge wie der Jeep Wrangler mit einem CO2-Ausstoß bis zu 282 Gramm pro Kilometer werden künftig sicher deutlich mehr Kfz-Steuer kosten.
Bild: dpa-Archiv

MEHR ZUM THEMA:

- Von Juli an reformierte Kfz-Steuer

artikel merken

« Zurück

Drucken Speichern Versenden

Nach Oben ↕

Kommentare zum Artikel

Zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden.

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingeloggt sein!

Login/-out	
Benutzername:	Passwort:
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="button" value="einloggen"/>	<input type="button" value="registrieren"/>
<input type="checkbox"/> Login über Cookie merken	